

Die Redaktionskonferenz der „Probleme des Klassenkampfes“ dokumentiert im folgenden zwei Beiträge zur Diskussion innerhalb der Westberliner sozialistischen Linken anlässlich des Todes von Holger Meins und des Attentats auf den Berliner Kammergerichtspräsidenten v. Drenkmann. Der erste Beitrag bezieht sich auf die Stellungnahme der Sozialistischen Assistentenzelle (SAZ) am Otto-Suhr-Institut der FU, die im EXTRA-Dienst vom 11.11.1974 veröffentlicht wurde und die wir hier deshalb nicht mehr gesondert abdrucken. Der zweite Beitrag ist das Einleitungsreferat der SAZ auf einer während des Hungerstreiks am OSI durchgeführten Veranstaltung an der FU, in der die „Bedingungen sozialistischer Solidarität“ diskutiert wurden. Wir dokumentieren diese Beiträge deshalb in der PROKLA, weil wir meinen, daß angesichts der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD (Rechtstrend etc.) die Diskussion um die Handlungsspielräume sozialistischer Politik radikal geführt werden muß und die nachfolgenden Beiträge dazu einen Anstoß geben können.

Problemstellungen zur Erklärung der SAZ zum Tod von H. Meins und zum Mord am Präsidenten des Berliner Kammergerichts

Die linke Bewegung in der BRD und in Westberlin scheint seit geraumer Zeit mehr oder weniger zum Objekt derjenigen gesellschaftlichen Kräfte geworden zu sein, die sie bekämpfen will. Sie wird nicht nur als ‚Buhmann‘ zur Schaffung von Massenloyalität für den Aufbau eines starken Staates im Angesicht einer grundlegenden Krisensituation der kapitalistischen Weltwirtschaft benutzt, sondern kann auch als direktes ‚Versuchskaninchen‘ für die allmähliche Ausfeilung und Vollendung der Repressionstechniken des bürgerlichen Staates dienen, ohne daß dies auf Protest bei denen stößt, für die derartige Maßnahmen in erster Linie, wenn auch im vorbeugenden Sinne, getroffen werden. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Statt Avantgarde im Klassenkampf, läuft sie Gefahr, die Avantgarde der Niederlage zu werden. Diese Gefahr wird in dem Maße verschleiert, wie wir uns essentielle Diskussionen über die Perspektive der Politik und die einzuschlagende Taktik von außen aufdrängen lassen und zwar durch Anlässe, die eine radikale Diskussion von Anfang an, wenn nicht gar unmöglich machen, so doch extrem erschweren. Angesichts des Todes von H. Meins über den Charakter und Zielsetzung der RAF zu diskutieren, scheint nicht möglich zu sein, obwohl nach der politischen Situation dringend erforderlich. Die in diesem Zusammenhang als Leerformel erscheinende Parole, daß man sich mit einem Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz solidarisiere und nicht mit der politischen Konzeption der RAF, ist zwar in dieser Abstraktion durchaus richtig, aber sie bleibt abstrakt und läßt wichtige Fragen sozialistischer Politik einer Intellektuellenminorität offen. Entweder ist diese Formel als konsequent demokratische gemeint und damit prinzipiell unabhängig von weiteren politischen Implikationen und Zielsetzungen, d. h. auf die Wahrung allgemeiner rechtsstaatlicher Prinzipien abzielend, so wie immer gegenüber der sog. ‚liberalen Öffentlichkeit‘ argumentiert wurde, dann ist aber Rechenschaft darüber abzulegen, warum

nicht bei den Toten im Kölner Klingelpütz, der Hamburger Glocke und in Mannheim die außerparlamentarische Opposition und ‚liberale Öffentlichkeit‘ mobilisiert wurde, dann müßte von der Linken konsequenterweise die Rechtstaatlichkeit gegenüber der Rechten ebenfalls verteidigt werden, dann wäre die Linke das moralische Gewissen dieser bürgerlichen Gesellschaft.

Das wäre allerdings ein vulgär-demokratischer Standpunkt, der auf jeden Fall voller Anachronismen wäre und in politischer Hinsicht die demokratische Form über ihren Inhalt setzt, damit Illusionen erzeugt und zur Phrase wird, während es doch gerade unser Ziel sein müßte, die Grenzen und Möglichkeit der bürgerlichen Freiheit zu benennen. Es kann uns doch auch nicht aus taktischen Gründen um die Wahrung abstrakt demokratischer Prinzipien gehen, sondern um deren inhaltliche Ausfüllung.

Was heißt das nun konkret und taktisch bezogen auf eine Intellektuellenminorität, die Vermittlungen sucht zur Klassenkampfbewegung der Arbeiterklasse, die erst in kümmerlichen Keimformen vorhanden ist, so daß der Schein entsteht, daß primär die sozialistische Intelligenz den demokratischen Kampf führt? Wenn wir uns für die Wahrung demokratischer Rechte einsetzen, so doch nicht im Sinne der bürgerlichen Beschränkung, sondern im inhaltlich bestimmten sozialistischen Sinn, daß die bürgerliche Demokratie notwendige Entwicklungsbedingung für die Arbeiterbewegung ist, die durch die Herstellung der sozialen Demokratie allein die materiellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der politischen Demokratie herstellen kann.

Wenn die Parole nicht in diesem Sinn verstanden wird, dann kann sie nur noch so interpretiert werden, daß unbeschadet politischer Differenzen politische Solidarität geübt wird. Hinterrücks schleicht sich der vorneweg geleugnete Zusammenhang zwischen Politik und Person wieder herein, taucht aber nur als unreflektierter auf. Politische Solidarität, will sie nicht zur bloßen *Kumpanei* werden, muß aber in klarer Form Stellung beziehen und die politischen Bedingungen der Solidarität benennen. Solidarität im Unterschied zur bloßen *Kumpanei* oder zur mitleidigen Caritas ist keine einseitige Angelegenheit, sondern setzt eine kritische Kommunikation und die Existenz von gemeinsamen theoretischen und politischen Grundlagen zwischen den Beteiligten voraus. Ob diese Grundlagen überhaupt noch vorhanden sind, ist eine Frage, die sich jeder stellen muß angesichts des faschistoiden Feme-mordes an Schmücker oder des Mordes an Drenkmann, von dem man nicht einmal weiß, ob es ‚Rechte‘ oder ‚Linke‘ waren, will er nicht Gefahr laufen, Solidarität mit der falschen Seite zu üben.

Der Übergang von linker zu rechter Politik ist fließend und immer dann möglich, wenn der Sozialismus nur als *Idee* in den Köpfen einiger gesellschaftlich isolierter Individuen spukt und keine Verbindung zu Massenkämpfen hat, die allein korrigierende Funktionen ausüben können. Es ist für die einheitliche Linke eine aktuell und perspektivisch lebenswichtige Diskussion, die Kontrolle über ihre einzelnen Bestandteile wahrzunehmen, um nicht eines Tages wieder vor vollendeten Tatsachen zu stehen.

Heute stehen wir durch unsere Versäumnisse in der Vergangenheit vor einem

Dilemma. Es gilt zum einen dem Ausbau des staatlichen Repressionsapparates und der Transformation der Gesellschaft in eine totalitäre Ordnung zu begegnen. Zum anderen sind aber unsere eigenen politischen Existenzbedingungen zu reflektieren und die Frage zu beantworten, ob wir nicht aus unseren Reihen Teile einer ‚rechten Bewegung‘ hervorgebracht haben.

U. Wolter, W. Spohn, B. Rabehl

Bedingungen sozialistischer Solidarität

Der Kampf für die Verbesserung der Haftbedingungen der Gefangenen, d. h. für die Aufhebung der „Sonderbehandlung“ ist gegenwärtig sicher *vordringlich*. Wir teilen jedoch nicht den Optimismus vieler, die auch am Hungerstreik in dieser Woche teilgenommen haben, daß die Aussichten, mit unseren Aktionen sowohl innerhalb der Linken als auch vor allem nach außen die notwendige Wirkung zu erreichen, besonders gut seien. Im Gegenteil: die *Bedingungen* für unsere Aktionen, die eben auch die Bedingungen sozialistischer Solidarität im gegebenen Augenblick sind, stellen sich einer genaueren Analyse als äußerst schlecht dar. Wir haben versucht, soweit dies in der gegebenen Zeit möglich war, diese Analyse anzustellen, und zwar nach den beiden Seiten hin: den Bedingungen der Solidarität innerhalb der Linken und den äußeren, objektiven Bedingungen.

I.
Außerhalb der Universität und außerhalb der begrenzten Zirkeldiskussion der Linken spricht man nur noch von Drenkmann und der „Bedrohung des Rechtsstaates“ – durch die „Terroristen“. Der Tod von Holger Meins wird von dem Attentat immer mehr getrennt, was einerseits richtig ist, da der Zusammenhang (und die Identifizierung der Täter) kriminalistisch gesehen keineswegs klar ist, was aber andererseits nun *politisch* dazu verwendet wird, den Tod von Meins als „Selbstmord“ darzustellen, für den in letzter Instanz sogar die Anwälte verantwortlich gemacht werden. Der Senat von Berlin warnt uns schließlich vor „jeder Form der Solidarisierung mit den Mördern“.

Die linken Organisationen vor allem innerhalb der Universität schweigen zu den Vorkommnissen weitgehend und setzen, als wäre nichts geschehen, die jeweils gruppenspezifisch geplanten Kampagnen fort: Novellierung des Universitätsgesetzes, Volksentscheid u. a., wobei sie versuchen, diese mit den aktuellen Aktionen rein äußerlich zu verkoppeln. Die Hungerstreikaktion am OSI hat sich – so weit wir sehen – als einzige bislang deutlich genug *nicht nur* zu Holger Meins geäußert, *sondern auch* zum Attentat auf v. Drenkmann und zu den *Bedingungen* unserer gegenwärtigen Situation.

Wenn wir diese Überlegungen heute unter dem Titel „Bedingungen sozialistischer Solidarität“ fortführen wollen, dann muß zuerst einmal auf die Drohung des Berliner Senats geantwortet werden. Zu ihr sagen wir klar und deutlich: Wir solidarisieren uns nicht – wie es zynisch uminterpretiert wird – „mit den Mördern“. Wir